

„Defend Kurdistan“ besetzt erneut Parteizentrale in Göttingen

Göttinger Tageblatt, 01.12.2022



Knapp eine Woche nach der Besetzung der SPD-Parteizentrale in Göttingen hat die Gruppe „Defend Kurdistan“ einer weiteren Partei einen Besuch abgestattet – und Forderungen vorgetragen. Die Aktion richtete sich gegen den aktuellen Angriff der türkischen Regierung auf Gebiete in Syrien und Irak.

Göttingen. Rund 30 Mitglieder der Kampagnen „Defend Kurdistan“ und „Women Defend Rojava“ haben am Donnerstagvormittag für etwa eine Stunde die Parteizentrale der Grünen in Göttingen besetzt. Damit wollten sie auf den aktuellen Angriff der türkischen Regierung auf Gebiete in Syrien und Irak aufmerksam machen. Sie fordern Kreis- und Stadtverband der Grünen sowie die Bundesregierung zu „konsequentem Handeln“ gegen den Angriff auf.

„Das ist ein dringender Notfall. Es sterben dort Menschen“, sagte einer der Besetzer und drängte Vertreter der Göttinger Grünen darauf, den Druck auf Annalena Baerbock (Grüne) zu erhöhen. Als deutsche Außenministerin sei die in verantwortlicher Position.

Bereits am Mittwoch in der vergangenen Woche hatte die Gruppe „Defend Kurdistan“ der SPD und den Grünen in Göttingen einen Katalog mit vier zentralen Forderungen überreicht. Die beiden Parteien sollen sich danach öffentlich und parteiintern einsetzen für eine Untersuchung der Chemiewaffenangriffe in Südkurdistan und Nordirak, für eine Flugverbotszone über Nord- und Ostsyrien, für einen Lieferstopp von Waffen und Waffenteilen an die Türkei und den Iran sowie für die Aufhebung des Verbots der ‚Arbeiterpartei Kurdistan‘ (PKK).

Trittin: Militäreinsatz der Türkei „völkerrechtswidrig“

Bei den Grünen erneuerten die Besetzer diese Forderung und forderten zudem die öffentliche Unterzeichnung der Kampagne einer Flugverbotszone in Nord- und Ostsyrien. Der Göttinger Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin hatte in einer [Pressemitteilung](#) bereits den Militäreinsatz der Türkei als völkerrechtswidrig verurteilt.

tzung der Parteizentrale der Grünen in Göttingen



[9 Bilder](#)

[Rund 30 Mitglieder der Kampagnen „Defend Kurdistan“ und „Women Defend Rojava“ haben am Donnerstagvormittag für etwa eine Stunde die Parteizentrale der Grünen in Göttingen besetzt.](#)

© Quelle: Christina Hinzmann

„Statements von Abgeordneten können keine Wirkung zeigen, wenn sie vereinzelt bleiben und keine Handlungen darauf folgen. Die Lokalverbände der Parteien müssen koordiniert den Druck auf die Bundesebene erhöhen, bis tatsächlich gehandelt wird. Mit der heutigen Besetzung wollen wir deutlich machen, wie ernst es uns damit ist“, erklärte eine Sprecherin der Kampagne „Women Defend Rojava“.

Lino Klevesath vom Kreisvorstand der Göttinger Grünen und die Landtagsabgeordnete Marie Kollenrott sicherten den Besetzern bei einem Gespräch am Donnerstag zu, sich in Kreisverband und Landtagsfraktion für die vorgetragenen Anliegen einzusetzen und sicherten eine Stellungnahme zu den Forderungen zu.

Lesen Sie auch

- [Göttingen: "Defend Kurdistan" besetzt SPD-Parteizentrale](#)
- [Angriffe auf Kurden: SPD Göttingen reagiert auf Forderungen von "Defend Kurdistan"](#)

SPD Göttingen reagiert auf Forderungen

Weil eine Positionierung der Parteien zu den Forderungen bis zum Ende der Woche ausgeblieben war, wurde am Freitag zunächst die Parteizentrale der SPD kurzzeitig besetzt. Wie zugesichert, hatte sich die SPD zu Beginn dieser Woche positioniert. Der Vorstand des Stadtverbandes forderte unter anderem einen sofortigen Stopp der „brutalen, völkerrechtswidrigen Luftangriffe der Türkei und des Iran auf Rojava und alle kurdischen Gebiete in Nordsyrien und die Autonomieprovinz in Nordirak, die auch zivile Einrichtungen (Krankenhäuser und landwirtschaftliche Einrichtungen) zum Ziel hatten“

Kundgebung am Mittwoch

Am Mittwochabend hatten zum UN-Tag zum Gedenken an Opfer chemischer Kriegsführung rund 50 Menschen vor der Jakobikirche an einer Gedenkkundgebung für die Opfer des türkischen

Giftgaseinsatzes in Kurdistan teilgenommen. Die internationale Kampagne „Defend Kurdistan“ setze sich für mehr Sichtbarkeit der Geschehnisse in Kurdistan ein, hieß es.



Gedenkveranstaltung zum UN-Gedenktag für Opfer von Chemiegasangriffen. Dabei macht »Defend Kurdistan« auf die Angriffe der Türkei in Kurdistan aufmerksam.

© Quelle: Defend Kurdistan

Der aktuelle Einsatz von chemischen Waffen durch die Türkei stelle eine Verletzung des internationalen Kriegsrechts dar, so der Vorwurf. Trotzdem bleibe eine internationale Reaktion gegenüber dem Nato-Mitglied Türkei bisher aus. Auch die Mitgliedsstaaten der OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) inklusive Deutschlands hätten dazu keine Untersuchung eingeleitet.